

Die GRÜNEN im Kreistag Neustadt/WN

(modifiziert)

Resolution des Kreistages bzgl. *Grenzübergreifender atomrechtlicher Verfahren am Beispiel der Strategische Umweltprüfung (SUP) Polen und der soeben angelaufenen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Niederlande u.a.*

Der Kreistag möge beschließen:

Die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Bayern werden aufgefordert, **drei** Monate Frist für die Öffentlichkeitsbeteiligung und eine vollständige deutschsprachige Übersetzung aller Dokumente *an allen grenzübergreifenden atomrechtlichen Verfahren am Beispiel* der SUP des Atomprogramms von der polnischen Regierung u.a. einzufordern. (Grundlagen: Aarhus Konvention Artikel 3.9 sowie Espoo Konvention Artikel 2.6 – über die Espoo Kontaktstelle des BMU)

Angesichts der Fülle der anstehenden grenzübergreifenden atomrechtlichen Verfahren muss die Möglichkeit für deutsche Bürger geschaffen werden, Einwendungen direkt an das BMU zu senden. Das BMU sammelt und leitet dann an das zuständige Ministerium im Nachbarstaat weiter. Es muss sichergestellt werden, dass diese auch in Deutsch als Amtssprache zur Kenntnis genommen und angemessen behandelt werden.

Der Öffentlichkeit muss die Möglichkeit zur Anhörung auf deutschem Boden gewährt werden.

Das Landratsamt wird beauftragt, in Berlin (und Brüssel) an geeigneter Stelle abzuklären, ob die jeweiligen Antragsteller ökonomisch potent genug sind, einen (oder mehrere) Super-GAU alleine zu finanzieren. Unterstützung durch den Landkreis- bzw. Städtetag soll gesucht werden.

Das Landratsamt wird beauftragt, in Brüssel an geeigneter Stelle abzuklären, ob Europa sich einen (oder mehrere) Super-GAU leisten kann.

Es wird beantragt, die zuständigen Fachleute vom Katastrophenschutz im Kreistag öffentlich zu hören, wie die Situation im Falle eines Super-GAU in einem Nachbarstaat im Landkreis Neustadt/WN (am Beispiel Fukushima) gehandhabt werden würde.

Begründung:

Japan ist von Wasser umgeben - würde aber zum Beispiel in Tschechien oder Polen Radioaktivität austreten, was wir uns natürlich niemals wünschen, gäbe es nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich den Super-GAU – in ganz Europa!

Unser Landkreis, seine Bürgermeister bemühen sich vorbildlich, die Energiegewinnung mittels regenerativer Erzeugungsmöglichkeiten voranzubringen. Dieses Bemühen würde durch ein Atompolitik-Programm der Nachbarstaaten konterkariert.

Weitere Begründung mündlich.